

Konjunktur aktuell: Deutsche Konjunktur hat Schwung verloren*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Kiel Economics**

Die Weltproduktion hat im Sommer 2014 in moderatem Tempo und damit schneller als zu Jahresanfang expandiert. Ausschlaggebend dafür war, dass die Produktion in den USA nach einem witterungsbedingten Einbruch wieder recht kräftig zulegen konnte. Im Euroraum ist aber die zaghafte konjunkturelle Belebung erst einmal wieder zum Erliegen gekommen.

Die deutsche Wirtschaft expandiert im Jahr 2014 in mäßigem Tempo. Der hohe Produktionszuwachs vom Jahresanfang hat sich nicht fortgesetzt, und die Unternehmen schätzen ihre Aussichten nicht mehr ganz so günstig ein, denn eine kräftige Erholung des Euroraums lässt weiter auf sich warten. Zudem verunsichert der Konflikt zwischen Russland und dem Westen. Die binnenwirtschaftlichen Bedingungen sind aber weiter günstig. So ist der Arbeitsmarkt nach wie vor in einer sehr robusten Verfassung. Die Zahl der Erwerbstätigen sowie das Arbeitsvolumen nahmen im ersten Halbjahr weiter kräftig zu. Dennoch dürfte die Konjunktur im zweiten Halbjahr wohl nur moderat anziehen. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2014 um 1,5% und im Jahr 2015 um 1,6% zunehmen. Die Verbraucherpreise dürften im Jahr 2014 mit einer Rate von 1,1% zunehmen. Im kommenden Jahr wird sich der Anstieg der Verbraucherpreise wohl auf 1,5% beschleunigen, auch aufgrund der beginnenden Überwälzung eines vom Mindestlohn ausgehenden Lohnanstiegs. Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum leicht expansiv ausgerichtet.

Risiken für die deutsche Konjunktur kommen vor allem aus dem Ausland: Zu nennen sind mögliche Folgen der Konfrontation zwischen Russland und dem Westen im Rahmen des russisch-ukrainischen Konflikts, insbesondere für die Sicherheit der Energieversorgung in Europa.

Tabelle 1:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für Deutschland in den Jahren 2014 und 2015

	2013	2014	2015
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
private Konsumausgaben	0,8	0,9	1,6
Staatskonsum	0,7	0,9	1,2
Anlageinvestitionen	-0,7	3,6	3,7
Ausrüstungen	-2,7	4,3	6,2
Bauten	-0,1	3,7	2,2
sonstige Anlagen	1,3	2,0	3,5
Vorratsinvestitionen ^a	0,2	0,2	0,0
Inlandsverwendung	0,7	1,6	2,0
Außenbeitrag ^a	-0,5	-0,1	-0,3
Exporte	1,6	3,7	4,8
Importe	3,1	4,4	6,2
Bruttoinlandsprodukt	0,1	1,5	1,6
nachrichtlich:			
Welthandel	2,8	3,0	4,5
USA	2,2	2,0	2,8
Euroraum	-0,4	0,7	1,2
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	-0,3	1,2	0,4
Tariflöhne je Stunde	2,4	3,3	3,0
Effektivlöhne je Stunde	2,8	2,3	3,4
Lohnstückkosten ^b	2,2	1,9	2,3
Verbraucherpreisindex	1,5	1,1	1,5
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland)	42 281	42 603	42 872
Arbeitslose ^c	2 950	2 908	2 921
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	6,5	6,4	6,4
Arbeitslosenquote BA ^e	6,9	6,7	6,7
	<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	0,3	0,4	0,5

^a Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponente). – ^b Eigene Berechnungen auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^e Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; ab 2014: eigene Prognose (Stand: 12.09.2014).

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E53, E60, E66, H68

Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, öffentliche Finanzen, Weltwirtschaft, Deutschland, Arbeitsmarkt

* Dieser Beitrag wurde bereits als [IWH-Pressmitteilung 22/2014](#) am 12. September 2014 veröffentlicht.

** Hans-Ulrich Brautzsch, Katja Drechsel, Oliver Holtemöller, Martina Kämpfe, Konstantin Kiesel, Axel Lindner, Brigitte Loose, Jan-Christopher Scherer, Birgit Schultz, Götz Zeddies (alle IWH), Peter Hennecke, Carsten-Patrick Meier (Kiel Economics).

Weltwirtschaft hat nach schwachem Jahresauftakt etwas Fahrt aufgenommen – Erholung im Euroraum kräftigt sich jedoch nicht

Die Weltproduktion hat im Sommer 2014 in moderatem Tempo und damit schneller als zu Jahresanfang expandiert. Ausschlaggebend dafür war, dass die Produktion in den USA nach einem witterungsbedingten Einbruch wieder recht kräftig zulegen konnte. Aber auch die chinesische Konjunktur zog im Frühsommer etwas an, unter anderem weil sich die ausländische Nachfrage nach chinesischen Produkten deutlich erhöhte. Demgegenüber stehen etliche Volkswirtschaften mit nachlassender Dynamik: In Japan führte die Mehrwertsteuererhöhung zu einem deutlichen Rückgang der Nachfrage, und die schon seit längerem schwächelnde Wirtschaft Brasiliens geriet im ersten Halbjahr 2014 in eine Rezession. In Russland, wo der Konflikt mit der Ukraine und die Spannungen mit dem Westen die Unternehmen und Haushalte verunsichern, stagniert die Produktion. Auch im Euroraum hat das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal kaum zulegen können. Die zaghafte konjunkturelle Belebung ist hier erst einmal wieder zum Erliegen gekommen. Alles in allem dürfte die Weltproduktion in diesem Jahr um 2,6% und damit etwas langsamer als im Durchschnitt der vergangenen Jahrzehnte expandieren. Im Jahr 2015 dürfte die Weltkonjunktur bei einem Produktionszuwachs von 2,9% ein wenig Fahrt gewinnen, vor allem wegen einer noch etwas kräftigeren Expansion in Nordamerika (zu den Annahmen, die dieser Prognose zugrunde liegen, vgl. Kasten 2).¹ Wie schon seit über drei Jahren dürfte der Welthandel in diesem und im nächsten Jahr nur wenig schneller als die Weltproduktion expandieren.

Vom Euroraum kommen für die Weltwirtschaft in nächster Zeit kaum Impulse. Im zweiten Quartal hat die Produktion im Euroraum lediglich stagniert, und die meisten Vertrauensindikatoren sind

im Sommer wieder zurückgegangen. Dämpfende Effekte kamen von der Konfrontation zwischen Russland und dem Westen anlässlich des Konflikts in der Ukraine. So lagen die Ausfuhren nach Russland im ersten Halbjahr 2014 um 14% niedriger als ein Jahr zuvor. Allerdings werden nur etwa 5% aller Waren, die den Euroraum verlassen, nach Russland oder in die Ukraine geliefert. Andererseits mögen die kriegerischen Auseinandersetzungen (auch in der arabischen Welt) Konsumenten und Investoren verunsichert haben. Jedoch sind wichtige Maße für das Risikobewusstsein, etwa die an den Börsen im Euroraum erwartete Volatilität der Kurse oder Renditeaufschläge für risikoreiche Wertpapiere, nur wenig gestiegen und nach wie vor auf niedrigem Niveau. Darüber hinaus sind viele Rahmenbedingungen für eine konjunkturelle Erholung an sich weiter günstig: Die Leitzinsen werden im Euroraum auf absehbare Zeit nahe null bleiben. Die Beschränkungen der Kreditvergabe in den südlichen Krisenländern dürften sich zurzeit langsam abbauen; darauf deuten leicht rückläufige Sollzinssätze der dortigen Geschäftsbanken und der jüngste Bank Lending Survey der Europäischen Zentralbank (EZB) hin. Auch sinkt die Belastung von privaten Haushalten und Unternehmen durch Zinszahlungen seit etwa zwei Jahren deutlich. Die Finanzpolitik wirkt im Euroraum im Jahr 2014 nur noch wenig restriktiv, denn der Konsolidierungskurs wurde in den meisten Ländern deutlich zurückgefahren. Auch hat die Abwertung des Euro seit dem Frühjahr die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen im Euroraum ein Stück weit verbessert. Die Rechnung für Energie- und Rohstoffimporte ist trotzdem nicht gestiegen, denn die Ölpreise haben im Sommer deutlich (auf wenig über 100 US-Dollar für die Sorte Brent Anfang September) nachgegeben.

Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass die Erholung im Euroraum schon wieder gefährdet ist. Verschlechtert hat sich die Konjunktur allerdings vor allem in Deutschland. Weiter auf Erholungskurs sind vorerst dagegen Spanien, Portugal und Irland, also Länder, die von der Schulden- und Vertrauenskrise besonders stark getroffen worden waren und die in den vergangenen Jahren große Reformanstrengungen unternommen haben. Seit einem Jahr befindet sich dagegen Frankreich in der Stagnation, und in Italien ist die Produktion im ersten Halbjahr 2014 wieder leicht gesunken. Den Regierungen beider Länder ist es noch nicht gelungen, Unternehmen und Konsumenten davon zu überzeugen, dass sie ihre Programme für mehr

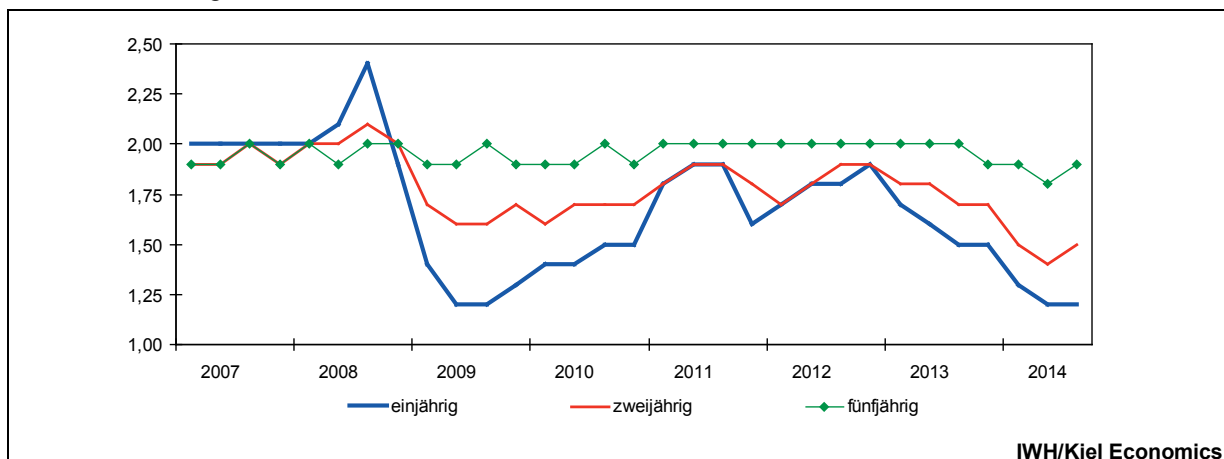
¹ Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2013 in US-Dollar gewichtet wurden. Nach dem Konzept des Internationalen Währungsfonds, der einen weiteren Länderkreis berücksichtigt und die Zuwachsraten der Länder mit Kaufkraftparitäten gewichtet, entspricht die vorliegende Prognose einer weltwirtschaftlichen Zuwachsrate von 3,4% im Jahr 2014 und 3,7% im Jahr 2015. Vgl. zu den unterschiedlichen Messkonzepten etwa *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Eurokrise dämpft Konjunktur – Stabilitätsrisiken bleiben hoch, Herbst 2012*. Kiel 2012, 9.

Kasten 1:
Zur europäischen Geldpolitik

Seit Ende des Jahres 2011 befindet sich der Euroraum in einem Prozess der Disinflation. Die Inflationsrate (Harmonisierter Verbraucherpreisindex [HVPI]) betrug im August 2014 nur noch 0,3%. Es besteht deshalb die Sorge, dass sich die bisher fest verankerten Inflationserwartungen vom mittelfristigen Inflationsziel der EZB von nahe, aber unter 2% lösen könnten.

Abbildung 1 zeigt den Mittelwert der Inflationsprognosen von professionellen Prognostikern (Survey of Professional Forecasters) über den Zeitraum von einem Jahr bzw. zwei und fünf Jahren. Seit dem ersten Quartal 2013 ist eine Abnahme der kurz- bis mittelfristigen Erwartungen zu erkennen. Im zweiten Quartal gingen vorübergehend auch die langfristigen Inflationserwartungen auf knapp 1,8% zurück.

Abbildung 1:
Inflationserwartungen im Euroraum



Quelle: Europäische Zentralbank; eigene Darstellung.

Derzeit betrifft der Rückgang des Preisauftriebs alle Euroraumländer, mit der Ausnahme von Griechenland und Zypern, die allerdings beide bereits eine Phase der Deflation durchliefen. Die nationalen Inflationsraten sind jedoch sehr heterogen (vgl. Abbildung 2).

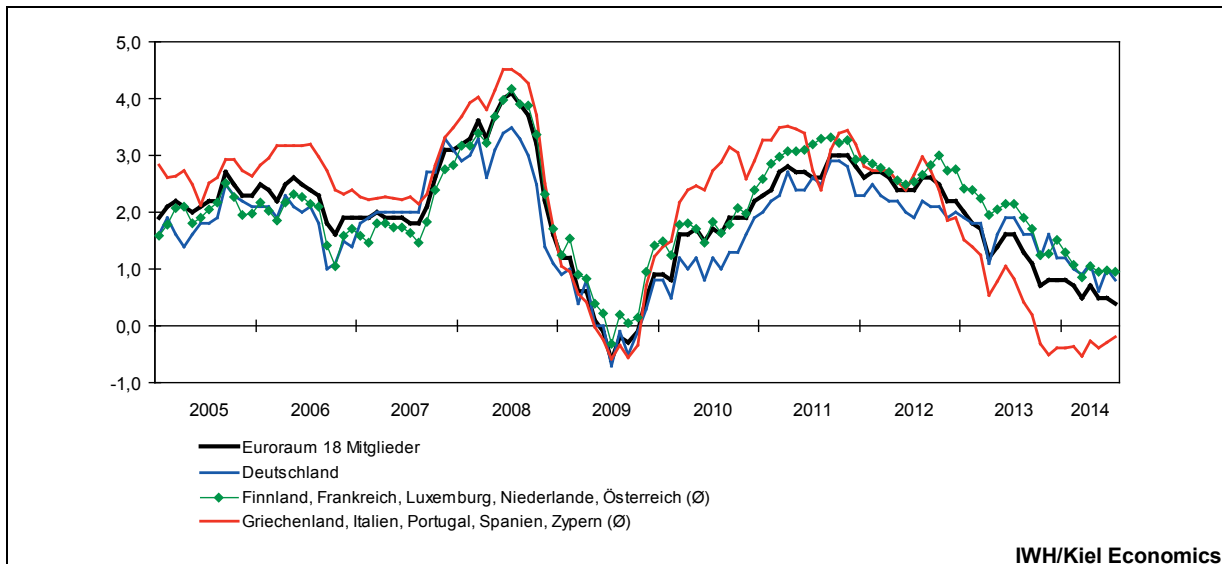
Die EZB beschloss im Juni und September 2014 eine Reihe von Maßnahmen, die sich in sechs Teilbereiche gliedern lassen:

1. Der Hauptrefinanzierungssatz wurde zuerst auf 0,15% und dann auf 0,05% gesenkt. Dies ging mit dem erstmaligen Festlegen eines negativen Einlagenzinssatzes einher. Beide Maßnahmen erfolgten im Rahmen des „klassischen“ geldpolitischen Instrumentariums, bei welchem durch Änderung der Zinssätze versucht wird, auf die wirtschaftliche Entwicklung und damit letztendlich auf die Preisentwicklung Einfluss zu nehmen.
2. In diesem Kontext ist auch die Maßnahme der Erweiterung der bisherigen Diskontfähigkeit von zusätzlichen Anleihen als Pfand zu sehen, welche die europäischen Banken bei der Aufnahme von Liquidität bei der EZB hinterlegen müssen.
3. Darüber hinaus beschloss der EZB-Rat eine Verlängerung der vollen Liquiditätszuteilung bei Hauptrefinanzierungsgeschäften zu einem festen Zinssatz „solange wie nötig“ und zumindest bis zum Ende des Jahres 2016. Ziel hierbei ist eine Verringerung der Finanzierungskosten von Krediten für Haushalte und Unternehmen. Da die kurzfristigen Zinsen jedoch bereits nahe der Nullzinsschranke liegen, soll dies durch eine Senkung der Zinsstrukturkurve zusätzlich auch am langen Ende erfolgen.
4. Das Aussetzen der wöchentlichen, im Rahmen des Securities Markets Programme (SMP) initiierten Liquiditätssterilisierungsmaßnahmen stellt eine von ihrer Bedeutung her kleinere Maßnahme dar.
5. Ein neues Instrument ist die Implementierung von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (Targeted longer-term refinancing operations [TLTROs]). Diese erlauben den Banken eine zusätzliche Aufnahme von Liquidität, welche sie an ihre Kunden, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, weitergeben können. Der Zugang zu dieser Liquidität ist an Bedingungen geknüpft, die sicherstellen sol-

len, dass die Liquidität weniger an den öffentlichen Sektor oder als Immobilienkredite, sondern vor allem an Unternehmen und Haushalte weitergegeben wird.

6. Im Rahmen der EZB-Ratssitzung im September 2014 wurde die Durchführung von Aufkäufen forderungsbesicherter Wertpapiere (ABS) und gedeckter Anleihen (*covered bonds*) angekündigt. Die EZB beabsichtigt, mit diesen Käufen die Bilanzen der beteiligten Banken zu entlasten. Dies geschieht mit dem Ziel, die geldpolitische Transmission zu verbessern.

Abbildung 2:
Harmonisierter Verbraucherpreisindex
- Änderung gegenüber Vorjahresmonat in % -



Quellen: Europäische Zentralbank; eigene Berechnungen und Darstellung.

Die konjunkturellen Wirkungen dieser Maßnahmen lassen sich nur schwer abschätzen. Einerseits scheint es der EZB gelungen zu sein, den Trend der abnehmenden Inflationserwartungen vorerst zu durchbrechen. So stiegen die einjährigen sowie fünfjährigen Inflationserwartungen im dritten Quartal 2014 jeweils um 0,1 Prozentpunkte. Andererseits dürften sich die Ursachen der konjunkturellen Schwäche im Euroraum kaum durch zins- und liquiditätspolitische Maßnahmen beheben lassen.^a Lediglich das Kaufprogramm für ABS könnte durch die Entlastung der Bankbilanzen positive Effekte auf die Kreditentwicklung und damit auf Konjunktur und Inflation entfalten.

Die neuen geldpolitischen Schritte bringen aber auch Risiken mit sich. Innerhalb des TLTRO-Programms müssen Banken die zur Verfügung gestellte Liquidität zurückzahlen, wenn sie eine bestimmte Mindestnorm bezogen auf ihre Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte (ohne Hypothekenkredite) nicht erfüllen. In diesem Sinn ist das Programm für die EZB mit geringen Risiken verbunden. Anders könnte es sich beim ABS-Programm verhalten. Hier wird es darum gehen, sicherzustellen, dass die aufzukaufenden Wertpapiere im Detail und in ihrer Art auch stets die seitens der EZB formulierten Anforderungen erfüllen. Diese sind Einfachheit, Transparenz und das Beruhen der Wertpapiere auf realwirtschaftlichen Prozessen, wobei letzteres als Abgrenzung zu komplexen Derivaten zu verstehen ist.

^a Dies gilt zumindest solange, wie die Inflationserwartungen nicht über das mittelfristige Inflationsziel hinausschießen, denn dadurch würde der Realzins sinken und der Euro abwerten.

Flexibilität auf den Arbeitsmärkten und effizientere öffentliche Institutionen auch durchsetzen werden.

Die Verbraucherpreisinflation ist sehr niedrig. Seit Anfang 2012 ist sie auf 0,3% (August 2014) gefallen. Im Lauf dieses Jahres lagen dahinter allerdings vor allem Verbilligungen bei Energie und unverarbeiteten Nahrungsmitteln, beides Gütergruppen,

deren Preisdynamik nur zu einem geringen Teil von der Konjunktur im Euroraum getrieben wird; die Kerninflationsrate liegt bei 0,8%. Sollte die Inflationsrate so niedrig bleiben, riskiert die EZB, dass die langfristigen Inflationserwartungen unter den geldpolitischen Zielraum von etwas unter 2% fallen. Deshalb hat die EZB im Juni und im Sep-

tember eine Reihe von recht weitreichenden expansiven Maßnahmen beschlossen (vgl. Kasten 1).

Tabelle 2:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2013	2014	2015
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
reales Bruttoinlandsprodukt	-0,4	0,7	1,2
privater Konsum	-0,7	0,6	0,8
öffentlicher Konsum	0,1	0,7	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	-2,9	1,5	2,9
inländische Verwendung	-0,9	0,7	1,1
Exporte ^a	1,4	3,3	5,8
Importe ^a	0,4	3,5	5,9
Außenbeitrag ^b	0,5	0,0	0,1
Verbraucherpreise ^c	1,4	0,6	1,1
Lohnstückkosten ^d	1,2	0,9	1,2
	<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>		
Budgetsaldo ^e	-3,1	-2,7	-2,5
Leistungsbilanzsaldo	2,4	2,2	2,2
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote ^f	12	11,6	11,4

^a Einschließlich Intrahandel. – ^b Wachstumsbeitrag. – ^c Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^d Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – ^e Gesamtstaatlich. – ^f Standardisiert.

Quellen: Eurostat; ab 2014: eigene Prognose.

Kasten 2:
Annahmen der Prognose

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen bezüglich des internationalen Umfelds zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt in den Jahren 2014 und 2015 jeweils im Schnitt bei 107 US-Dollar pro Barrel. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar bleibt bis Ende des Jahres 2015 bei 1,30 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die aufgrund der mäßigen Abwertung des Euro im Sommer gestiegen ist, verschlechtert sich ein wenig, denn die Lohnkosten steigen hierzulande etwas stärker als im übrigen Euroraum. Der Hauptrefinanzierungssatz der EZB bleibt bis Ende 2015 bei 0,05%.

So beträgt der Leitzins nur noch 0,05%, und erneut wird den Banken langfristig und in großem Umfang Liquidität bereitgestellt. Ferner hat die EZB die Absicht, Wertpapiere aufzukaufen, die durch Forderungen, etwa aus Krediten an private Haushalte und Unternehmen, besichert sind (*asset-backed securities*). Dadurch könnte die Kredit-

vergabe für Geschäftsbanken attraktiver werden, denn die EZB wird den Banken damit zumindest zum Teil Risiken abnehmen und es ihnen außerdem erleichtern, die regulatorischen Anforderungen an die Eigenkapitalquoten zu erfüllen. Die realwirtschaftlichen Effekte dieses neuen Instruments dürften aber zumindest in diesem und im nächsten Jahr noch gering bleiben.

Die Wirtschaft des Euroraums dürfte im zweiten Halbjahr 2014 nur wenig mehr als stagnieren. Für das Jahr 2014 ergibt sich ein Zuwachs der Produktion um 0,7% (vgl. Tabelle 2). Auch für das kommende Jahr ist nur mit einem schwachen Zuwachs von 1,2% zu rechnen. Die Verbraucherpreise dürften in diesem Jahr um 0,6% und im Jahr 2015 um 1,1% zulegen.

Nur mäßige Konjunktur in Deutschland

Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland ist in der ersten Hälfte des Jahres 2014 geringfügig langsamer als in der zweiten Hälfte des Vorjahres ausgeweitet worden. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung dürfte kaum zugenommen haben. Sowohl von binnenwirtschaftlicher Seite als auch aus dem Ausland kamen etwas geringere Impulse. Der Arbeitsmarkt aber ist nach wie vor in einer sehr robusten Verfassung. Die Zahl der Erwerbstätigen sowie das Arbeitsvolumen nahmen im ersten Halbjahr weiter kräftig zu. Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm saisonbereinigt etwas ab. Dass der Rückgang – gemessen am Beschäftigungsaufbau – unterproportional ausgefallen ist, liegt vor allem an der weiteren Zunahme des Erwerbspersonenpotenzials sowie am Rückgang der Zahl der in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geförderten Personen.

Im zweiten Halbjahr dürfte die Konjunktur wohl nur moderat anziehen. Die Indikatoren für den privaten Konsum wie die Anschaffungsneigung und die Einkommenserwartungen der privaten Haushalte sind zwar im Sommer in die Nähe historischer Höchstwerte gestiegen, mussten aber im August einen leichten Dämpfer hinnehmen. Die Zinsen sind von ihrem bereits sehr niedrigen Niveau zuletzt weiter gesunken. Trotzdem haben die Unternehmen ihre Geschäftserwartungen seit dem Frühjahr deutlich zurückgenommen und ihre Investitionstätigkeit wieder verringert. Dies dürfte vor allem daran liegen, dass sich das außenwirtschaftliche Umfeld eingetrübt hat. Dafür spricht, dass die Exporterwartungen seit Mai wieder gesunken sind.

Der Konflikt in der Ukraine dürfte für Deutschland nicht der wesentliche Treiber der außenwirtschaftlichen Verschlechterung sein, auch wenn er sicherlich zu ihr beiträgt. Maßgeblich dürfte vielmehr sein, dass die Konjunktur in einigen Abnehmerländern deutscher Exporte und dabei insbesondere im Euroraum nicht an Dynamik gewonnen hat. Hinzu kommt, dass der Euro im Zuge der Beruhigung der Eurokrise zunächst deutlich aufgewertet hatte. Bis zum vergangenen März hatte die deutsche Wirtschaft immerhin rund 6% an internationaler preislicher Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Mitte 2012 verloren. Die seither eingetretene Abwertung des Euro hat allerdings bereits reichlich die Hälfte der verlorenen Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt. Als struktureller Grund kommt hinzu, dass in China und anderen Schwellenländern die aus dem Aufholpotenzial gegenüber den fortgeschrittenen Volkswirtschaften resultierenden Wachstumskräfte geringer werden und diese Märkte infolgedessen tendenziell weniger zur Zunahme der deutschen Exporte beitragen.

Von den gedämpfteren Erwartungen für die Weltkonjunktur ist insbesondere die Exportwirtschaft betroffen. Der Produktionsanstieg in Deutschland wird im Jahr 2014 geringer ausfallen als bisher erwartet. Die ungünstigeren Absatzperspektiven dürften auch die Ausgaben für Ausrüstungen und Bauten dämpfen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird auch im zweiten Halbjahr 2014 weiter zunehmen. Das Arbeitsvolumen wird allerdings nicht im gleichen Maße steigen. Dies liegt vor allem daran, dass

die Unternehmen auf die schwache Produktionsentwicklung mit einer spürbaren Verringerung der Überstunden und dem Abbau der Arbeitszeitkonten reagieren dürften.

Tabelle 3 :
Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
- in Prozentpunkten -

	2013	2014	2015
Konsumausgaben	0,6	0,7	1,1
private Konsumausgaben	0,5	0,5	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,1	0,2	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	0,7	0,7
Ausrüstungen	-0,2	0,3	0,4
Bauten	0,0	0,4	0,2
sonstige Anlagen	0,0	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,2	0,2	0,0
inländische Verwendung	0,6	1,6	1,8
Außenbeitrag	-0,5	-0,1	-0,3
Exporte	0,7	1,7	2,2
Importe	-1,3	-1,7	-2,5
Bruttoinlandsprodukt	0,1	1,5	1,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2014: eigene Prognose.

Mit der anhaltenden positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt und den deutlichen Lohnsteigerungen wird der Wachstumsbeitrag des privaten Konsums im gesamten Prognosezeitraum hoch bleiben (vgl. Tabelle 3). Die Investitionen im Unternehmenssektor werden dann vor allem von der anziehenden

Tabelle 4:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung^a
Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal -

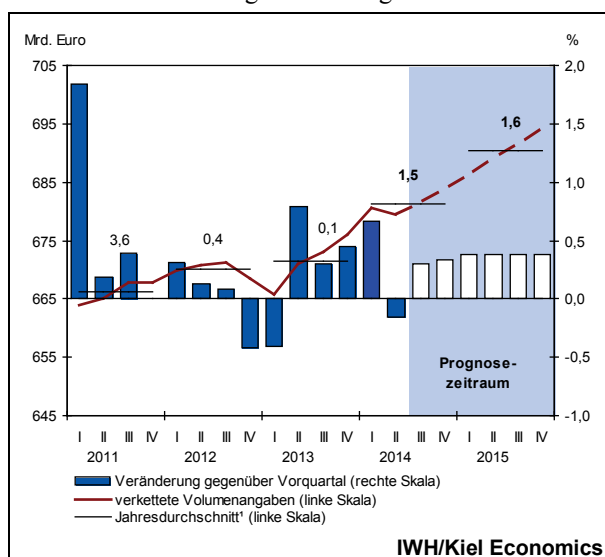
	2013				2014				2015			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,2	0,6	0,7	-0,8	0,8	0,1	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
öffentlicher Konsum	0,0	0,0	0,6	-0,1	0,4	0,1	0,2	0,2	0,7	0,1	0,1	0,0
Ausrüstungen	-3,7	2,3	-0,5	2,1	2,1	-0,4	0,4	1,3	1,6	1,6	1,6	1,6
Bauten	-2,8	3,0	1,8	0,7	4,1	-4,2	0,8	0,9	0,6	0,5	0,5	0,5
sonstige Anlagen	0,7	0,0	0,2	0,2	1,2	0,1	0,5	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0
Vorratsinvestitionen ^b	0,2	-0,1	0,0	0,2	-0,2	0,4	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	-0,2	0,7	0,7	0,0	0,9	0,1	0,2	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag ^b	-0,2	0,1	-0,4	0,5	-0,2	-0,2	0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Exporte	0,7	1,4	0,7	1,7	0,0	0,9	1,2	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0
Importe	1,2	1,3	1,7	0,7	0,5	1,6	1,0	1,6	1,5	1,4	1,4	1,3
Bruttoinlandsprodukt	-0,4	0,8	0,3	0,4	0,7	-0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4

^a Saison- und arbeitsstättig bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponente).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3. Quartal 2014: eigene Prognose.

Binnenwirtschaft getragen. Die günstige Baukonjunktur setzt sich im Prognosezeitraum weitgehend fort (vgl. Tabelle 4). Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2014 um 1,5% und im Jahr 2015 um 1,6% zunehmen (vgl. Abbildung 3, Tabelle 5; zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vgl. Kasten 3.). Für das Jahr 2014 reicht das 66%-Prognoseintervall von 1,3% bis 1,7%, für das Jahr 2015 von 0,4% bis 2,7%. Nach einer Unterauslastung der Kapazitäten im Jahr 2014 dürfte die Produktionslücke am Ende des Prognosezeitraums leicht positiv ausfallen (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 3:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 3. Quartal 2014: eigene Prognose.

Tabelle 5:
Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate
- in % bzw. Prozentpunkten -

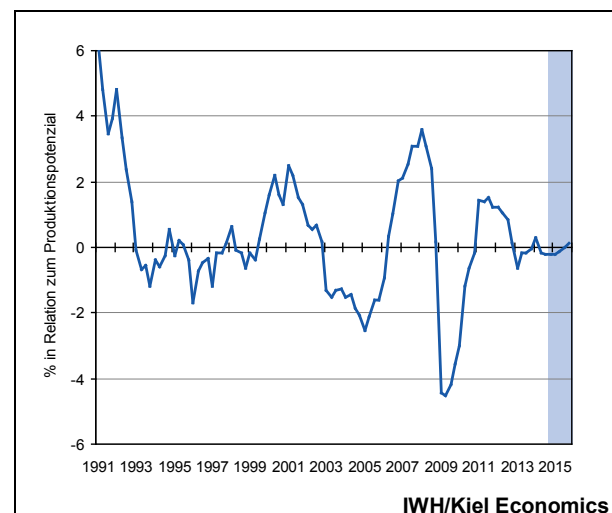
	2013	2014	2015
statistischer Überhang ^a	-0,2	0,7	0,4
Jahresverlaufsrate ^b	1,1	1,1	1,5
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	0,2	1,5	1,3
Kalendereffekt ^c	-0,1	0,0	0,2
jahresdurchschnittliche Veränderung ^d	0,1	1,5	1,6

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahrs in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahrs. – ^b Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ^c In % des realen BIP. – ^d Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2014: eigene Prognose.

Die Verbraucherpreise dürften im Jahr 2014 mit einer Rate von 1,1% zunehmen. Hier wirken sich die im Vergleich zum Vorjahr günstigen Preise für Energieträger und für Nahrungsmittel aus. Im kommenden Jahr wird sich der Anstieg der Verbraucherpreise wohl auf 1,5% beschleunigen, auch aufgrund der beginnenden Überwälzung eines vom Mindestlohn ausgehenden Lohnanstiegs. Mit der Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte die Beschäftigung auch im Jahr 2015 weiter zunehmen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte in etwa auf dem Stand des Vorjahres bleiben. Maßgeblich dafür ist der weitere Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots, der aus den anhaltenden Wanderungsgewinnen sowie der steigenden Erwerbsbeteiligung resultiert. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote dürfte sowohl im Jahr 2014 als auch im Jahr 2015 6,4% betragen.

Abbildung 4:
Produktionslücke in Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 3. Quartal 2014: eigene Prognose.

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum leicht expansiv ausgerichtet. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt beläuft sich der expansive finanzpolitische Impuls im laufenden Jahr auf 0,4% und im Jahr 2015 auf 0,2%. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird sich im Jahr 2014 dennoch weiter verbessern. Auf der Einnahmeseite werden, aufgrund der unverändert robusten Arbeitsmarktlage, das Lohn- und Umsatzsteueraufkommen sowie die Sozialbeiträge spürbar zulegen. Allerdings dürften die gewinnabhängigen Steuern aufgrund der in den zurückliegenden Jahren geringeren Dynamik bei den Unternehmens- und Vermögensein-

Kasten 3: Zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Das Statistische Bundesamt hat am 1. September 2014 erstmals detaillierte Daten zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung veröffentlicht, die auf dem Konzept des neuen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) basieren.^a Dieses neue System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dient in erster Linie der internationalen Vergleichbarkeit. Solche Generalrevisionen werden etwa alle fünf Jahre vorgenommen, um die Berechnungen auf aktuelle Methoden, Klassifikationen und Rahmenbedingungen anzupassen. Es wurden außerdem frühere Berechnungen und Ergebnisse überprüft sowie neue Daten berücksichtigt.

Die Neuberechnung im Rahmen des ESVG-2010-Konzepts erhöht das nominale Bruttoinlandsprodukt um rund 3%. In einzelnen Jahren sind die Differenzen im Niveau ebenfalls höher (3,6% im Jahr 2001). Die Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts haben sich vor allem am aktuellen Rand deutlich geändert.^b So war der konjunkturelle Einbruch im Zusammenhang mit der Finanzkrise 2009 kräftiger (-5,6% statt -5,1%) und die Erholung in den Folgejahren 2010 und 2011 dementsprechend deutlicher. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 2012 und 2013 fällt dagegen nennenswert geringer aus als noch vor der Generalrevision. Im Jahr 2013 hat das Bruttoinlandsprodukt nach neuen Berechnungen nur noch in etwa stagniert.

Die bedeutsamen Änderungen im ESVG 2010 betreffen die konzeptionelle Behandlung von Ausgaben zu Forschung und Entwicklung (FuE) für die Eigenverwendung bei Unternehmen sowie bei öffentlichen Ausgaben und die statistische Behandlung von Ausgaben für militärische Waffensysteme. Nunmehr werden FuE-Ausgaben als Investitionen verstanden und gebucht, während sie in früheren Berechnungen als Vorleistungen eingingen, da sie als Voraussetzung für die Produktion angesehen wurden. Dadurch erhöht sich das Bruttoinlandsprodukt. Insgesamt macht dieser Effekt zwischen 63% und 96% der Anhebung des Bruttoinlandsprodukts aus. Der Anteil der Anlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (Investitionsquote) erhöht sich dadurch deutlich, im Jahr 2013 erreicht er nunmehr 19,7% statt 17,2% vor der Revision.

Im früheren ESVG 1995 wurden nur zivil nutzbare militärische Anlagen (Flughäfen, Kasernen oder Lazarette) als Investitionen gebucht. Militärische Waffen (Luftfahrzeuge, Schiffe oder Panzerfahrzeuge) wurden hingegen als Vorleistungen des Staates gerechnet. Im ESVG 2010 ist vorgegeben, dass die Systeme, die länger als ein Jahr genutzt werden, als Investitionen zu behandeln sind. Damit werden diese dann in Form einer Abschreibung auf das Anlagegut im Bruttoinlandsprodukt erfasst. Diese Konzeptänderung spiegelt sich zunächst nicht im Bruttoinlandsprodukt wider, da höheren öffentlichen Investitionen geringere Ausgaben in Form von Vorleistungen (Staatskonsum) gegenüberstehen. Erst durch die Berücksichtigung von Abschreibungen kommt es zu einem (geringen) niveauerhöhenden Effekt. Die Erfassung illegaler Aktivitäten und auch die Behandlung von Einnahmen aus Prostitution waren bereits im früheren Konzept des Statistischen Bundesamtes berücksichtigt worden, auch wenn nunmehr ein differenzierteres Berechnungsmodell zur Anwendung kommt.

Ein weiterer Revisionspunkt betrifft die statistische Behandlung des Produktionswerts von Versicherungsunternehmen. Hier ergab sich der Produktionswert als Differenz zwischen Beitragseinnahmen und Versicherungsleistungen. Im Fall von größeren (Natur-)Katastrophen war diese Regel allerdings nicht weitreichend genug. In diesen Fällen werden im ESVG 2010 solche Ausgaben als Vermögensübertragungen an die Versicherungsnehmer gebucht.

Durch die Neuberechnung des Bruttoinlandsprodukts ändern sich weitere Größen, in deren Berechnung es eingeht. So ist z. B. der Quotient aus dem Finanzierungssaldo des Staates und dem nominalen Bruttoinlandsprodukt (Maastricht-Kriterium) jetzt etwas geringer. Auch nationale Schuldenstandsquoten auf Basis des Bruttoinlandsprodukts fallen, gerechnet nach dem ESVG 2010, geringer aus.

^a Eine ausführliche Darstellung zu allen Revisionspunkten gibt *Braakmann; R.*: Revidierte Konzepte für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: System of National Accounts 2008 und Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010, in: *Wirtschaft und Statistik*, August 2013, 521 ff., und https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Gesamtwirtschaft/Umwelt/VGR/Methoden/Downloads/Revision2014_Hintergrundpapier.pdf?__blob=publicationFile. – ^b Vgl. *Drechsel, K.*: Aktuelle Trends: Zu den Effekten der Generalrevision des Bruttoinlandsprodukts, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 20 (4), 2014, 59.

kommen leicht sinken. Auf der Ausgabeseite werden zwar die öffentlichen Investitionen und die Arbeitnehmerentgelte spürbar ausgeweitet, jedoch entwickeln sich die Zinsausgaben des Staates er-

neut rückläufig. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt beläuft sich der Finanzierungssaldo des Staates im Jahr 2014 auf 0,4%. Im Jahr 2015 dürften mit dem Anziehen der Konjunktur die Ein-

nahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen wieder stärker expandieren. Infolge von Mehrausgaben, insbesondere bei den monetären Sozialleistungen, wird sich der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss jedoch nur geringfügig erhöhen. In struktureller Betrachtung wird sich der Finanzierungssaldo im Prognosezeitraum nicht weiter verbessern.

Risiken für die deutsche Konjunktur kommen vor allem aus dem Ausland: Zu nennen sind mögliche

Folgen der Konfrontation zwischen Russland und dem Westen im Rahmen des russisch-ukrainischen Konflikts, insbesondere für die Sicherheit der Energieversorgung in Europa. Das größte Risiko für die Weltwirtschaft dürfte allerdings eine mögliche Immobilienkrise in China sein, denn die Häuserpreise fallen gegenwärtig in vielen chinesischen Städten, und der Immobiliensektor ist für die dortige Wirtschaft von besonders großer Bedeutung.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
- Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015 -

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,6	0,8	0,6	0,8	0,8	0,6	0,7
Arbeitsvolumen	- 0,3	1,2	0,4	1,5	0,9	0,0	0,8
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	- 0,9	0,4	- 0,2	0,7	0,1	- 0,6	0,1
Produktivität ¹	0,4	0,3	1,1	0,2	0,4	1,1	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,1	1,5	1,6	1,7	1,3	1,2	1,9

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) in Mrd. Euro

Konsumausgaben	2 112,7	2 164,2	2 234,3	1 056,3	1 107,9	1 088,3	1 146,0
Private Haushalte ²	1 571,5	1 602,7	1 651,0	783,3	819,3	804,3	846,7
Staat	541,2	561,6	583,3	273,0	288,6	284,0	299,3
Anlageinvestitionen	554,0	580,2	607,7	278,1	302,1	287,3	320,4
Ausrüstungen	176,1	184,3	196,6	87,3	97,0	91,5	105,2
Bauten	279,2	293,5	305,3	141,0	152,6	144,5	160,8
Sonstige Anlageinvestitionen	98,8	102,4	105,7	49,9	52,5	51,3	54,4
Vorratsveränderung ³	- 20,5	- 17,5	- 15,9	- 0,3	- 17,3	1,4	- 17,4
Inländische Verwendung	2 646,2	2 726,9	2 826,1	1 334,1	1 392,8	1 377,0	1 449,1
Außenbeitrag	163,3	175,1	172,5	91,7	83,4	91,0	81,5
Exporte	1 280,1	1 322,9	1 396,6	650,9	672,1	682,8	713,8
Importe	1 116,9	1 147,9	1 224,1	559,2	588,7	591,7	632,3
Bruttoinlandsprodukt	2 809,5	2 902,0	2 998,6	1 425,8	1 476,2	1 468,0	1 530,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,5	2,4	3,2	2,6	2,3	3,0	3,4
Private Haushalte ²	2,1	2,0	3,0	2,1	1,9	2,7	3,3
Staat	3,8	3,8	3,9	3,9	3,6	4,0	3,7
Anlageinvestitionen	0,7	4,7	4,7	6,0	3,6	3,3	6,1
Ausrüstungen	- 2,5	4,7	6,7	4,7	4,6	4,8	8,4
Bauten	1,9	5,1	4,0	7,6	3,0	2,5	5,4
Sonstige Anlageinvestitionen	3,3	3,7	3,2	3,8	3,5	2,8	3,6
Inländische Verwendung	2,2	3,0	3,6	3,3	2,8	3,2	4,0
Exporte	1,4	3,3	5,6	2,9	3,8	4,9	6,2
Importe	1,4	2,8	6,6	2,3	3,2	5,8	7,4
Bruttoinlandsprodukt	2,2	3,3	3,3	3,6	3,0	3,0	3,7
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Außenbeitrag	5,8	6,0	5,8	6,4	5,7	6,2	5,3

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) in Mrd. Euro

Konsumausgaben	2 007,7	2 025,8	2 055,8	994,9	1 030,9	1 008,3	1 047,5
Private Haushalte ²	1 500,7	1 514,4	1 538,5	741,6	772,8	751,8	786,7
Staat	507,0	511,4	517,4	253,2	258,2	256,4	261,0
Anlageinvestitionen	525,8	544,4	564,7	260,9	283,5	267,0	297,7
Ausrüstungen	173,6	181,0	192,2	85,4	95,6	89,1	103,2
Bauten	258,4	267,9	273,8	129,0	138,9	130,1	143,8
Sonstige Anlageinvestitionen	93,6	95,4	98,8	46,4	49,0	47,8	51,0
Inländische Verwendung	2 509,5	2 550,8	2 601,0	1 256,9	1 293,9	1 276,8	1 324,1
Exporte	1 229,1	1 274,1	1 335,0	626,6	647,5	653,9	681,1
Importe	1 056,3	1 102,8	1 171,4	535,6	567,2	566,6	604,8
Bruttoinlandsprodukt	2 681,5	2 721,1	2 763,7	1 347,5	1 373,6	1 363,5	1 400,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	0,8	0,9	1,5	1,0	0,8	1,4	1,6
Private Haushalte ²	0,8	0,9	1,6	1,0	0,8	1,4	1,8
Staat	0,7	0,9	1,2	0,9	0,8	1,3	1,1
Anlageinvestitionen	- 0,7	3,6	3,7	4,7	2,5	2,3	5,0
Ausrüstungen	- 2,7	4,3	6,2	4,4	4,2	4,3	7,9
Bauten	- 0,1	3,7	2,2	5,9	1,6	0,8	3,5
Sonstige Anlageinvestitionen	1,3	2,0	3,5	1,6	2,3	3,0	4,0
Inländische Verwendung	0,7	1,6	2,0	1,9	1,4	1,6	2,3
Exporte	1,6	3,7	4,8	3,4	3,9	4,4	5,2
Importe	3,1	4,4	6,2	4,3	4,5	5,8	6,6
Bruttoinlandsprodukt	0,1	1,5	1,6	1,7	1,3	1,2	1,9

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,2	1,1	1,4	1,1	1,0	1,3	1,5
Konsumausgaben des Staates	3,1	2,9	2,7	3,0	2,8	2,7	2,6
Anlageinvestitionen	1,4	1,1	1,0	1,3	1,0	0,9	1,0
Ausrüstungen	0,2	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5
Bauten	2,0	1,4	1,8	1,6	1,3	1,6	1,9
Exporte	- 0,2	- 0,3	0,7	- 0,5	- 0,2	0,5	1,0
Importe	- 1,6	- 1,6	0,4	- 1,9	- 1,3	0,0	0,7
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,8	1,7	1,9	1,7	1,8	1,7

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) in Mrd. Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 012,2	2 063,7	2 135,2	1 015,3	1 048,4	1 046,4	1 088,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	262,8	271,8	284,1	131,2	140,6	137,0	147,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 165,5	1 210,0	1 257,3	576,5	633,4	598,8	658,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	583,9	581,9	593,8	307,5	274,4	310,7	283,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	367,5	393,9	406,5	180,1	213,8	184,7	221,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 379,8	2 457,6	2 541,7	1 195,3	1 262,2	1 231,1	1 310,6
Abschreibungen	502,1	513,9	528,8	255,4	258,5	262,6	266,2
Bruttonationaleinkommen	2 881,9	2 971,5	3 070,5	1 450,8	1 520,7	1 493,7	1 576,8
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2 099,9	2 170,8	2 248,2	1 052,7	1 118,1	1 085,2	1 162,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	671,6	689,0	706,8	344,9	344,1	349,5	357,3
Arbeitnehmerentgelt	1 428,3	1 481,8	1 541,4	707,8	774,0	735,8	805,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,1	2,6	3,5	2,7	2,5	3,1	3,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,9	3,4	4,5	3,1	3,8	4,4	4,6
Bruttolöhne und -gehälter	3,0	3,8	3,9	3,8	3,8	3,9	4,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,1	2,9	3,2	2,8	2,9	3,1	3,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,6	- 0,3	2,0	0,4	- 1,2	1,0	3,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,7	7,2	3,2	7,8	6,6	2,6	3,7
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,1	3,3	3,4	3,4	3,1	3,0	3,8
Abschreibungen	2,3	2,4	2,9	2,2	2,5	2,8	3,0
Bruttonationaleinkommen	2,1	3,1	3,3	3,2	3,0	3,0	3,7
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2,2	3,4	3,6	3,5	3,3	3,1	4,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0,9	2,6	2,6	3,1	2,1	1,3	3,9
Arbeitnehmerentgelt	2,8	3,7	4,0	3,7	3,8	4,0	4,1

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) in Mrd. Euro

Masseneinkommen	1 175,6	1 213,2	1 255,1	583,9	629,3	605,0	650,1
Nettolöhne und -gehälter	777,2	804,1	830,7	379,6	424,5	392,2	438,5
Monetäre Sozialleistungen	492,1	505,4	523,0	251,7	253,7	261,8	261,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	93,7	96,4	98,6	47,5	48,9	49,1	49,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	583,9	581,9	593,8	307,5	274,4	310,7	283,2
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 77,7	- 77,2	- 78,2	- 38,4	- 38,8	- 39,0	- 39,2
Verfügbares Einkommen	1 681,8	1 717,9	1 770,7	853,0	864,9	876,6	894,1
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	47,2	48,0	48,5	23,8	24,1	24,1	24,4
Konsumausgaben	1 571,5	1 602,7	1 651,0	783,3	819,3	804,3	846,7
Sparen	157,5	163,2	168,2	93,5	69,7	96,4	71,8
Sparquote (%) ⁶	9,1	9,2	9,2	10,7	7,8	10,7	7,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,6	3,2	3,5	2,9	3,5	3,6	3,3
Nettolöhne und -gehälter	2,8	3,5	3,3	3,5	3,4	3,3	3,3
Monetäre Sozialleistungen	2,4	2,7	3,5	1,6	3,8	4,0	2,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,9	2,8	2,3	0,6	5,1	3,5	1,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,6	- 0,3	2,0	0,4	- 1,2	1,0	3,2
Verfügbares Einkommen	1,8	2,1	3,1	2,2	2,1	2,8	3,4
Konsumausgaben	2,1	2,0	3,0	2,1	1,9	2,7	3,3
Sparen	- 1,3	3,6	3,0	3,2	4,2	3,1	3,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷

a) in Mrd. Euro

Einnahmen							
Steuern	637,9	655,8	680,0	329,5	326,3	341,3	338,6
Sozialbeiträge	465,4	481,3	501,3	233,7	247,6	243,0	258,2
Vermögenseinkommen	20,5	23,1	21,1	14,1	9,1	12,1	9,0
Sonstige Transfers	18,4	18,8	19,0	9,1	9,7	9,2	9,8
Vermögenstransfers	10,4	11,0	10,8	5,3	5,7	5,2	5,6
Verkäufe	95,8	97,2	99,2	45,1	52,1	46,0	53,1
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2
insgesamt	1 248,6	1 287,5	1 331,6	636,9	650,5	657,0	674,6
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	358,5	371,6	386,8	179,0	192,7	186,7	200,1
Arbeitnehmerentgelt	217,6	224,0	230,5	107,4	116,6	110,6	119,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	55,5	51,4	50,6	26,0	25,4	25,4	25,2
Subventionen	24,7	25,3	25,3	12,4	12,8	12,4	12,9
Monetäre Sozialleistungen	439,9	453,0	470,7	225,5	227,6	235,6	235,1
Sonstige laufende Transfers	62,0	62,3	63,1	34,5	27,8	34,9	28,1
Vermögenstransfers	23,2	21,9	21,5	8,6	13,4	8,3	13,2
Bruttoinvestitionen	61,3	66,4	68,7	28,2	38,2	29,3	39,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7
insgesamt	1 241,4	1 274,6	1 315,9	620,8	653,8	642,7	673,2
Finanzierungssaldo	7,3	12,9	15,7	16,1	- 3,2	14,3	1,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	2,9	2,8	3,7	3,0	2,6	3,6	3,8
Sozialbeiträge	2,4	3,4	4,2	3,4	3,4	4,0	4,3
Vermögenseinkommen	- 4,6	12,9	- 8,7	24,5	- 1,3	- 14,1	- 0,4
Sonstige Transfers	0,4	1,7	1,4	2,2	1,2	1,2	1,5
Vermögenstransfers	- 5,9	5,8	- 1,9	11,3	1,1	- 2,5	- 1,3
Verkäufe	4,1	1,5	2,0	0,9	1,9	2,1	2,0
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	2,6	3,1	3,4	3,4	2,8	3,2	3,7
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,7	3,7	4,1	3,8	3,5	4,3	3,8
Arbeitnehmerentgelt	2,3	3,0	2,9	2,9	3,0	3,0	2,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 11,5	- 7,5	- 1,4	- 9,3	- 5,6	- 2,0	- 0,8
Subventionen	1,4	2,3	0,1	3,4	1,3	0,1	0,1
Monetäre Sozialleistungen	2,4	3,0	3,9	1,7	4,3	4,5	3,3
Sonstige laufende Transfers	13,8	0,5	1,1	2,4	- 1,7	1,2	1,1
Vermögenstransfers	- 16,4	- 5,4	- 1,9	- 11,0	- 1,4	- 3,1	- 1,1
Bruttoinvestitionen	0,5	8,2	3,6	16,5	2,8	4,0	3,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	2,3	2,7	3,2	2,5	2,9	3,5	3,0
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Finanzierungssaldo des Staates	0,3	0,4	0,5	1,1	- 0,2	1,0	0,1

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – ⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – ⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. – ⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – ⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – ⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen; ab 2014: eigene Prognose.